

B e s c h l u s s

Sicher durch Krisensituationen - Katastrophenschutzstrukturen stärken

Der Landtag hat in seiner 98. Sitzung am 22. Dezember 2022 folgenden Beschluss gefasst:

Mit dem vorliegenden Haushalt für das Jahr 2023 bekennt sich der Landtag wie in den Vorjahren zur Thüringer Feuerwehr und den Katastrophenschutzstrukturen.

Im Zuge des Hochwassers 2021 in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen wurden die Einsatzkräfte stark beansprucht, Ausstattung und Ausrüstung müssen teils erneuert beziehungsweise wiederbeschafft werden. Sowohl die Corona-Pandemie als auch der Krieg in der Ukraine 2022 und die aktuelle Energiepreiskrise erfordern eine Weiterentwicklung der bisherigen Aufstellung des Katastrophenschutzes. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung bereits im Entwurf des Haushaltes 2023 ein "Maßnahmenpaket Bevölkerungsschutz" verankert hat. Die bisherigen Bemühungen sollen noch weiter verstetigt und verstärkt werden.

Zu diesem Zweck wird die Landesregierung um folgende Maßnahmen gebeten:

1. Eine aktualisierte Gesamtbestandsaufnahme über die Vorhaltungen bei den Hilfsorganisationen und dezentralen Katastrophenschutzlagern sowie Abgaben im Kontext Ahrtal und Ukraine soll aktuell und künftig periodisch erhoben werden. Über das Ergebnis der aktuellen und dann periodischen Erfassung soll der für Inneres und Kommunales zuständige Ausschuss unterrichtet werden.
2. Die bisherigen Standorte für Vorhaltungen, Ausstattung sowie Spezialtechnik sollen auf ihre Angemessenheit, Anzahl und Eignung überprüft und gegebenenfalls erweitert werden. Gerade die Angriffe Russlands auf die ukrainische Zivilbevölkerung und Energieinfrastrukturen sowie die hybride Kriegsführung unterstreichen die Notwendigkeit, eine Erweiterung des Spektrums an hiesigen Vorhaltungen im Bereich des Katastrophenschutzes in Betracht zu ziehen. Insbesondere im Bereich der Notstromversorgung sind etwaige Versorgungslücken zu schließen, gerade auch, um kritische Infrastrukturen im Katastrophenfall oder aber auch die Helferstrukturen selbst krisenfest abzusichern. Dabei sollen auch die Erfahrungen aus dem Ahrtal einbezogen werden, um notwendige Schritte vorzubereiten, um die Kapazitäten für die kurzfristige Betreuung und Versorgung von einem Prozent der Bevölkerung des Freistaats Thüringen zu gewährleisten.
3. Die im Haushalt 2023 verankerte "Sensibilisierungskampagne Bevölkerungswarnung und Katastrophenschutz" soll im Sinne einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne umgesetzt werden, um die Bevölke-

rung über Warnsysteme, Sirenentöne, Krisenvorsorge und korrektes Verhalten in Gefahrensituationen thüringenweit zu informieren und besser auf Katastrophenfälle vorzubereiten. Zudem sollen die Lücken im Sirennetz weiter konsequent in enger Abstimmung mit den Kommunen geschlossen werden.

4. Gerade angesichts der Klimaveränderungen und veränderter Einsatzschwerpunkte im Jahr 2022 soll die Verbesserung der Vegetations- und Waldbrandbekämpfung am Boden und aus der Luft in enger Abstimmung mit den anderen Bundesländern, dem Bund und der Europäischen Union (EU) weiter vorangetrieben werden. Dazu und für die allgemeine Krisen- und Katastrophenvorsorge soll auch die Mitarbeit Thüringens im Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB) zeitnah sichergestellt werden.
5. Die Modernisierung der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule (TLFKS) soll fortgesetzt werden. Dazu sollen auch die Planung und Konzeption von Onlinelehrgängen und notwendigen Vorbereitungshandlungen (Technik, Lizenzen, Bereitstellung et cetera) durchgeführt werden, um gleichermaßen einen Effizienzgewinn in der Ressourcenauslastung dort zu erzielen, wo der eLearning-Ansatz didaktisch sinnvoll eingesetzt werden kann, zum Beispiel durch die Vorbereitung der Einführung des Thüringer Onlinelehrgangs "Gruppenführer" an der TLFKS.

Birgit Pommer
Präsidentin des Landtags